Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 26 - 2015

Flucht

Seite 3

Syrische Flüchtlinge

Seite 11

„Die Rente ist sicher“

Seite 13

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

Wir begrüßen Euch mit unserer 26. Ausgabe. Schwerpunkte in dieser Ausgabe ist das Thema Flucht. Seit Sommer dieses Jahres beherrscht dieses Thema alle Medien. Wir nehmen Stellung. Dazu haben wir zwei Artikel aus Italien und der Türkei.

Zu den Terroranschlägen von Bagdad bis Paris haben wir die Stellungsnahme vom Bremer Friedensforum übernommen. Das Emblem auf der ersten Seite stammt vom Campact.

Wir freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

Wir wünschen uns allen ein friedliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Eure Redaktion

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar:
www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir

Inhalt

Flucht ***3***
Migration - eine ganz normale Sache ***5***
Neues Asylgesetz – im Eiltempo durchgepeitscht ***7***
Ein Brief im Zorn ***8***
Tutto il mondo è paese - Die Menschen sind doch überall gleich ***9***
Syrische Flüchtlinge in der Türkei ***11***
Jugendliche begegnen Flüchtlingen ***12***
„Die Rente ist sicher"... ..... ***13***
Frauenleben – Prinzen sind selten ***15***
„Politiker, die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!" ***17***
Fragen nach den Ursachen... ..... ***19***
Gedicht von Bertolt Brecht ***20***

Titel: https://www.campact.de/

Flucht

Wolfgang Bielenberg

Notleidende Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen und eine Lebensperspektive in einem anderen Land suchen, sind seit geraumer Zeit Mittelpunkt unserer Medien: Menschen, die auf der Flucht im Meer ertrinken, Menschen, die vor geschlossenen Grenzen dahinvegetieren, Menschen in überfüllten Zügen und Flüchtlingslagern, Menschen, die versuchen, sich und ihren Familien im Ankunftsland eine Lebensgrundlage zu erarbeiten.

Die Regierungen der EU-Länder sind zerstritten. Auch in Deutschland wird kontrovers diskutiert:

Die Regierungen der EU-Länder sind zerstritten. Auch in Deutschland wird kontrovers diskutiert:

Wie kann man die Anzahl der (zu uns) Flüchtenden verringern?

Soll man die EU-Außengrenzen sichern? Und wenn ja, wie?

Muss man die Asylsuchenden (= politische Verfolgte) von den „Wirtschaftsflüchtlingen" (= Menschen, die vor Hunger, Durst oder Armut fliehen) unterscheiden?

Kann man die Anzahl verringern, indem man ihre Herkunftsländer als „sicher" einstuft und die Menschen dorthin zurückschickt?

Muss das Asylrecht eingeschränkt werden?

Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz?

In immer größer werdendem Maße werden von Politikern und Medien Ängste geschürt, dass uns die Anzahl der Flüchtlinge erdrückt, die dafür notwendigen Leistungen unseren Staat überfordern. Dabei sind die absoluten Zahlen – nüchtern betrachtet – fast lächerlich:

Für dieses Jahr wird für die EU mit einer Gesamtzahl der aufzunehmenden Flüchtenden von einer bis anderthalb Million gerechnet – bei einer Bevölkerungszahl der EU von 500 Millionen entspricht das gerade 0,3 Prozent. - Um die Anzahl der Erwerbsbevölkerung konstant zu halten bräuchte allein Deutschland laut einer Modellrechnung der Vereinten Nationen jährlich eine Zuwanderung von rund 500.000 Menschen. Und was die aufzubringenden Gelder angeht: Erinnern wir uns an die Milliarden, die quasi über Nacht für die Rettung von Privatbanken aus dem Hut gezaubert wurden …

Unabhängig von der Beantwortung dieser und anderer Fragen müssen die Menschen, die in unser Land gelangt sind, versorgt werden. Sie brauchen Nahrung, ein Dach über dem Kopf, Zugang zu Bildung und Arbeit. Dies ist mit Sicherheit keine kleine Aufgabe – aber sie ist machbar. Die Welle der Solidarität in unserem Land ist beispielhaft. Was fehlt, ist ein tragendes Konzept der Regierung. Ein Konzept, auf dessen Grundlage es keinem Demagogen gelingt, Menschen im Lande gegeneinander auszuspielen.

Und Kernpunkt dieses Konzepts muss die Bekämpfung der Fluchtursachen sein. Menschen verlassen nicht ohne Grund ihre Heimat. Sie tun es, weil sie um ihr Leben fürchten, kein Obdach mehr haben, sie sich und ihre Kinder nicht mehr satt bekommen.

Der Hauptgrund der jetzigen Flüchtlingswelle ist die wirtschaftliche wie politische Destabilisierung Nordafrikas und des Nahen

Ostens. Der gescheiterte Krieg der USA „gegen den Terror“ in Afghanistan, das Wegbomben der Diktatoren Gaddafi in Libyen und Hussein im Irak, der Krieg im Jemen führte zu Bürgerkriegen, zu dem Erstarken verbrecherischer Banden wie des IS und der Taliban. Waffenexporte in diese Regionen heizen die Auseinandersetzungen weiter an.

Hier ist es an der Bundesregierung, Zeichen zu setzen:

▪ Statt weiter Soldaten und Waffen in die Welt zu schicken, müssen wir uns von dem Kurs der Nato und ihrer Führungsmacht USA distanzieren.

▪ Der deutsche Spitzenplatz bei Waffenexporten ist kein Ruhmesblatt, erforderlich ist mindestens die drastische Verschärfung und Kontrolle der Exportverbote in Krisengebiete.

▪ Die Subventionen für Lebensmittelexporte nach Afrika machen die dortige Landwirtschaft kaputt – sie müssen gestrichen werden.

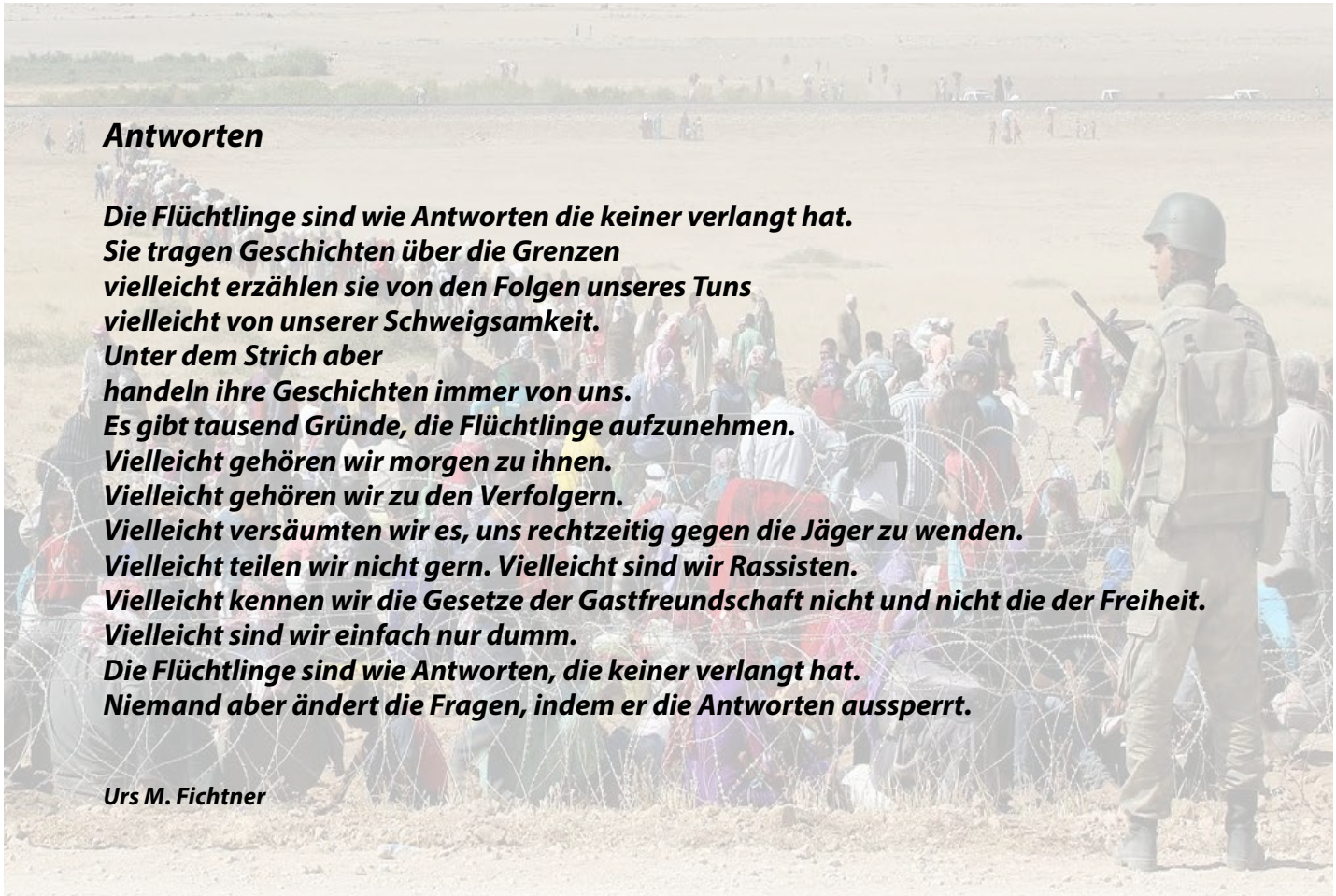
▪ Durch sogenannte Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA sollen Recht und Gesetz in den beteiligten Ländern Konzerninteressen untergeordnet werden. Sie dürfen nicht zu Stande kommen.

▪ Der weltweite Klimawandel durch den CO2-Ausstoß raubt schon heute den Lebensraum für Millionen von Menschen. Die Industriestaaten wie Deutschland tragen hier eine besondere Verantwortung.

▪ Der Etat für Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands beträgt gerade 0,37 Prozent unseres Bruttoinlandprodukts (der Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr in Deutschland hergestellt werden). Das ist gerade die Hälfte des Anspruchs der EU-Länder. Ein erster Schritt wäre, die hier geforderten 0,7 % bereitzustellen. Vor dem Hintergrund der jahrhundertelangen Ausbeutung der Länder der südlichen Halbkugel durch die der nördlichen reicht das aber längst nicht aus.

Ziel muss es sein, dass überall auf der Welt Bedingungen herrschen, die ein Leben in Sicherheit ohne Kriege, Hunger und Armut ermöglichen.

Leisten wir unseren Beitrag dazu:
Lassen wir uns nicht einschüchtern!
Schweigen wir nicht, wenn über Flüchtlinge hergezogen wird!
Engagieren wir uns im Stadtteil.
Mischen wir uns ein in die Diskussion in den Medien, z.B. durch Leserbriefe.
Reden wir mit unseren Politikern: Finger weg von unserem Grundrecht auf Asyl.



Antworten

Die Flüchtlinge sind wie Antworten die keiner verlangt hat.
Sie tragen Geschichten über die Grenzen
vielleicht erzählen sie von den Folgen unseres Tuns
vielleicht von unserer Schweigsamkeit.
Unter dem Strich aber
handeln ihre Geschichten immer von uns.
Es gibt tausend Gründe, die Flüchtlinge aufzunehmen.
Vielleicht gehören wir morgen zu ihnen.
Vielleicht gehören wir zu den Verfolgern.
Vielleicht versäumten wir es, uns rechtzeitig gegen die Jäger zu wenden.
Vielleicht teilen wir nicht gern. Vielleicht sind wir Rassisten.
Vielleicht kennen wir die Gesetze der Gastfreundschaft nicht und nicht die der Freiheit.
Vielleicht sind wir einfach nur dumm.
Die Flüchtlinge sind wie Antworten, die keiner verlangt hat.
Niemand aber ändert die Fragen, indem er die Antworten aussperrt.

Urs M. Fichtner

Migration - eine ganz normale Sache

Traudel Kassel

Armutsflüchtlinge und ihre Nachkommen bevölkern die Erde. Es begann, als vor ca. 60.000 Jahren unsere frühen Vorfahren, die ersten Menschen, den afrikanischen Kontinent verlassen haben – vermutlich auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Hindernisse wie Meere, Berge, Eiszeiten haben sie nicht hindern können, Europa, Asien, Australien zu besiedeln. Umgekehrt wanderten später auch Menschen aus Vorderasien wieder nach Afrika ein.

Armut durch Kriegsverwüstungen, ausgelaugte Böden, schlechte Ernten hat seitdem Menschen zum Verlassen ihrer Heimat, zum Auswandern veranlasst. Auch die Römer konnten nach vielen Versuchen die Völkerwanderung der Stämme im Norden ihres Reiches nicht verhindern. Nach USA und Kanada sind neben Verfolgten viele Millionen Menschen aus Deutschland und Europa aus Armut und Perspektivlosigkeit geflüchtet.

Aus Polen wanderten Ende des 19. Jahrhunderts Armutsflüchtlinge nach Deutschland ein. Da gab es Arbeit im Bergbau oder im Schiffbau.

Menschen aus den ländlichen Armutsgebieten Norddeutschlands, auch aus unserer Region, suchten jahrhundertelang als „Hollandgänger“ durch Saisonarbeit ihrer Notlage zu entgehen. Manche sind geblieben.

Aus den armen Gegenden Griechenlands, Italiens, Spaniens, Jugoslawiens und der Türkei kamen mit Beginn der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts Millionen Männer und Frauen als Gastarbeiter nach Deutschland. Sie wurden von Unternehmen geholt oder kamen auf eigene Faust – auf der Suche nach Arbeit und einem besseren Leben. Eine Weile im Ausland Geld verdienen für die Familie zu Hause und dann wieder zurück. Viele gingen zurück, viele blieben. Manche holten ihre Familie nach. So haben es auch viele Flüchtlinge aus den ehemaligen Kolonien in Afrika gemacht. Die Abschottung der „Festung Europa“ gegen Flüchtlinge aus Afrika und Vorderasien macht das fast unmöglich. Wer es hierher geschafft hat, muss versuchen zu bleiben, weil er oder sie es kaum noch einmal schaffen kann.

Und die Menschen aus Rumänien, Bulgarien und vom „Westbalkan“, gegen die jetzt besonders als Armutsflüchtlinge gehetzt wird? Sie haben die kapitalistischen Umgestaltung der Gesellschaft mit Millionen Arbeitslosen und die Jugoslawien-Kriege der 90er Jahre mit ihren Verwüstungen durchlitten. Die Finanzkrise nach 2008 hat der Wirtschaft in vielen dieser Länder den Rest gegeben. Viele Millionen sind verarmt, ohne Arbeit und Hoffnung. Besonders betroffen sind Sinti und Roma, die ihr Dasein ausgegrenzt und oft bedroht in Ghettos fristen. Seit Jahrhunderten sind sie in Europa hin und her gewandert – auf der Suche nach Arbeit und einem besseren Leben – eine ganz normale Sache.

Übrigens: Das sehen auch die Hunderttausende Menschen so, die jedes Jahr aus Deutschland auswandern, um anderswo zu arbeiten oder besser zu leben – zeitweise oder auf Dauer.

Probleme gibt es – sie müssen politisch gelöst werden

Wer Flucht und Einwanderung nicht möchte, muss nicht Flüchtlinge bekämpfen, sondern die Ursachen in den Herkunftslän-

„Etwas Besseres als den Tod finden wir überall ...“
Die Bremer Stadtmusikanten

Deutsche Siedler auf dem Weg nach New Braunfels, 1844

Bundesarchiv, Bild 137-005007 / CC-BY-SA 3.0

dern beseitigen. Friedens- und Entwicklungspolitik, gerechte Austauschbeziehungen statt Rüstungsexporte, Landraub, ungleiche Wirtschaftsbeziehungen und TTIP/TISA, die weitere Verschlechterungen für die verarmten Regionen bedeuten werden. Das sind politische Aufgaben.

Politische Aufgabe ist es auch, die Lasten des Flüchtlingsstroms und der Integration der Migranten nicht auf dem Rücken der einkommensschwachen Bevölkerung abzuladen. Die 21 Milliarden Überschüsse im Bundeshaushalt müssen für Sofortmaßnahmen und für ausreichenden kommunalen sozialen Wohnungsbau für alle Bevölkerungskreise verwendet werden, die diesen brauchen. Politische Aufgabe ist auch zu unterbinden, dass Geschäftemacher Mieter aus ihren Wohnungen vertreiben, weil sie durch Zahlungen von bis zu 50 Euro pro Flüchtling ein Vielfaches an Miete erzielen können. Beispiele dafür gibt es u.a. in der Neustadt, wo sich MieterInnen gegen ihre Kündigung wehren.

Die Politik muss auch dafür sorgen, dass Integration in den Arbeitsmarkt nicht zu Lohndumping und verschärfter Konkurrenz im Niedriglohnbereich führt. Der mühsam erkämpfte Mindestlohn muss die absolute Untergrenze für jedes Beschäftigungsverhältnis bleiben. Von den Unternehmen und ihrer Lobby ist das nicht zu erwarten. Das muss Anliegen der Gewerkschaften sein.

Versagen der Politik könnte zum Umschlagen der Hilfsbereitschaft großer Teile der Bevölkerung hin zu Meinungen „die Flüchtlinge kriegen alles – und wo bleiben wir?“ beitragen. Das gilt es zu verhindern.

Einwanderer auf Ellis Island

Bundesarchiv, Bild 183-R17676 / CC-BY-SA 3.0

Neues Asylgesetz – im Eiltempo durchgepeitscht

Zusammengefasst von Traudel Kassel

Das neue „Asylverfahrens-Beschleunigungsgesetz“ ist eher ein Gesetz zur Verhinderung der Integration und zur Isolation und Entrechtung von Flüchtlingen – im Widerspruch zu zahlreichen Beteuerungen aus der Politik.

Für ALLE Asylsuchenden gilt:

6 Monate Arbeitsverbot – weil alle 6 Monate in zentralen Aufnahmeeinrichtungen bleiben müssen.

Sachleistungen statt Bargeld in den Aufnahmeeinrichtungen ist Entmündigung. In Erst-Aufnahmeeinrichtungen soll künftig der „notwendige persönliche Bedarf “ (das so genannte Taschengeld) „soweit wie möglich“ durch Sachleistungen gedeckt werden. Auch in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften kann der „notwendige persönliche Bedarf“ „soweit wie möglich auch durch Sachleistungen gedeckt werden“. Das gilt für die allermeisten Flüchtlinge je nach politischem Willen von Kommunen und Ländern.

Über die Einführung einer Gesundheitskarte entscheiden die Länderregierungen. Es ist also Glückssache, ob Flüchtlinge ohne vorherige Genehmigung Arztbesuche machen können.

Leistungskürzungen für Geduldete auf das „physische Existenzminimum“ bzw. das „unabweisbar Gebotene“: 216 statt 359 Euro. Außer Essen und Hygiene-Artikeln ist nichts vorgesehen: kein Fahrgeld, Telefon, Spielzeug oder Kleidung. Das ist nicht verfassungsgemäß.

Vorsichtige Öffnung der Deutsch-/Integrationskurse – und Kurse der Arbeitsagentur gilt nur für Wenige. Integrationskurse bekommt man nur, wenn „ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist“. Z.B. Asylsuchende, „die aus einem Land mit hoher Anerkennungsquote kommen oder bei denen ein Erfolg des Asylantrags angenommen wird.“ Das sind dehnbare Begriffe.

Für Menschen aus sogenannten „sicheren“ Herkunftsstaaten* gilt außerdem:

Unbefristetes und zwingendes Arbeitsverbot, weil sie während des gesamten Asylverfahrens in Aufnahmeeinrichtungen (Abschiebelager!) leben müssen. Auch danach dürfen sie weder eine Arbeit noch eine betriebliche Berufsausbildung, einen Freiwilligendienst oder ein Praktikum aufnehmen. Einige Bundesländer würden Kinder in diesen Lagern noch nicht einmal in die Schule schicken, die manchmal erst mit Zuweisung in die Kommunen beginnt. Bei unbefristeter Lagerpflicht also gar nicht.

Die Integration der Menschen aus diesen Staaten wird damit bewusst verhindert. Je restriktiver die Gesetze – desto mehr Menschen stellen keinen Asylantrag und tauchen in die Illegalität ab – und schlagen sich ohne offizielle Unterstützung und rechtliche Absicherungen durch – in unerträglichen Wohnverhältnissen oder auf der Straße, ohne Gesundheitsversorgung, mit Betteln oder kleinen Jobs. Sie sind extremer Ausbeutung ausgesetzt. Auch Kriminalität wird so befördert.

Aufhalten wird man sie dadurch ebenso wenig wie durch Transitzonen (die in diesem Gesetz nicht enthalten sind).

Zugang zu Arbeit und Bildung für Menschen auf Arbeitssuche würde dagegen durch erlaubte Einwanderung ihre Integration erleichtern.

Als sichere Herkunftsländer zählen zur Zeit:

Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union (inkl. Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Ungarn) sowie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal, Serbien. Im Gespräch ist jetzt die Türkei.

Jürgen Todenhöfer, deutscher Publizist, 1972 bis 1990 Bundestagsabgeordneter der CDU, zählte dort zum rechten Flügel. Ab etwa 2001 profilierte er sich als Kritiker der US-amerikanischen Interventionen in Afghanistan und dem Irak.

Todenhöfer, schrieb diesen Brief im August 2015

EIN BRIEF IM ZORN

„Sehr geehrte Präsidenten und Regierungschefs! Ihr habt mit eurer jahrzehntelangen Kriegs-und Ausbeutungspolitik Millionen Menschen im Mittleren Osten und in Afrika ins Elend gestoßen. Wegen euch flüchten weltweit die Menschen. Jeder 3. Flüchtling in Deutschland stammt aus Syrien, Irak und Afghanistan. Aus Afrika kommt jeder 5. Flüchtling.

Eure Kriege sind auch Ursache des weltweiten Terrorismus. Statt ein paar 100 internationale Terroristen wie vor 15 Jahren haben wir jetzt über 100.000. Wie ein Bumerang schlägt eure zynische Rücksichtslosigkeit jetzt auf uns zurück.

Wie üblich denkt ihr nicht daran, eure Politik wirklich zu ändern. Ihr kuriert nur an den Symptomen herum. Die Sicherheitslage wird dadurch jeden Tag gefährlicher und chaotischer. Immer neue Kriege, Terrorwellen und Flüchtlingskatastrophen werden die Zukunft unseres Planeten bestimmen.

Auch an Europas Türen wird der Krieg eines Tages wieder klopfen. Jeder Geschäftsmann, der so handeln würde, wäre längst gefeuert oder säße im Gefängnis. Ihr seid totale Versager.

Die Völker des Mittleren Ostens und Afrikas, deren Länder ihr zerstört und ausgeplündert habt sowie die Menschen Europas, die jetzt unzählige verzweifelte Flüchtlinge aufnehmen, zahlen für eure Politik einen hohen Preis. Ihr aber wascht eure Hände in Unschuld. Ihr gehört vor den Internationalen Strafgerichtshof. Und jeder eurer politischen Mitläufer müsste eigentlich den Unterhalt von mindestens 100 Flüchtlingsfamilien finanzieren.

Im Grunde müssten sich die Menschen dieser Welt jetzt erheben und euch Kriegstreibern und Ausbeutern Widerstand leisten. Wie einst Gandhi- gewaltlos, in ‚zivilem Ungehorsam'. Wir müssten neue Bewegungen und Parteien gründen. Bewegungen für Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Die Kriege in anderen Ländern genauso unter Strafe stellen, wie Mord und Totschlag im eigenen Land. Und die euch, die Verantwortlichen für Krieg und Ausbeutung, für immer zum Teufel jagen. Es reicht! Haut ab! Die Welt wäre ohne euch viel schöner. Jürgen Todenhöfer"

Liebe Freunde, ich weiß, man sollte im Zorn nie Briefe schreiben. Doch das Leben ist viel zu kurz, um immer um die Wahrheit herumzureden. Ist eure Empörung nicht auch so groß, dass ihr aufschreien möchtet über soviel Verantwortungslosigkeit? Über das unendliche Leid, das diese Politiker angerichtet haben? Über die Millionen Toten? Haben die Kriegspolitiker wirklich geglaubt, man könne jahrzehntelang ungestraft auf andere Völker einprügeln und sich die Taschen voll machen? Wir dürfen das nicht länger zulassen! Im Namen der Menschlichkeit rufe ich euch zu: WEHRT EUCH!

Euer JT

Tutto il mondo è paese - Die Menschen sind doch überall gleich

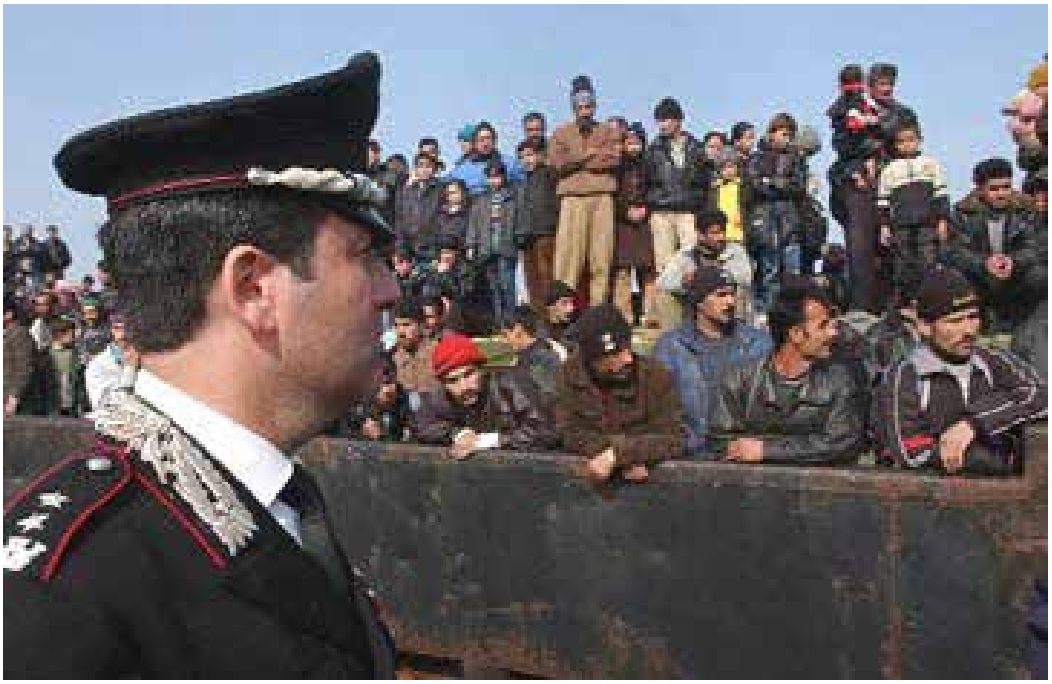
Bettina Weise

Viele Bilder sind durch die Nachrichten gegangen. Darum weiß man auch in Deutschland, wie groß das Problem der Flüchtlinge für Italien ist und wie die Fahrt über das Meer in den kleinen Booten für die Flüchtlinge leider viel zu oft ein tragisches Ende nimmt.

Deshalb an dieser Stelle nur drei kurze sehr personen- und ortsbezogene Beispiele dafür, wie es denn ist, wenn in der näheren Umgebung Flüchtlinge einquartiert werden oder werden sollen. Was denken die Leute (Norditalien, Provinz B. und V. nördlich von Mailand)?

1. Der Zufall wollte es, dass ich mit einer Frau um die achtzig, die in einem abgelegenen Ortsteil von P. geboren und aufgewachsen ist, ins Gespräch gekommen bin. In P., einem Ort mit ca. 1.000 Einwohnern, hat sie in ihrem Berufsleben als Textilarbeiterin am Webstuhl gearbeitet. Die Gegend in den Voralpen ist heute durch viele kleine und große, aber meist leer stehende Textilfabriken, also auch von hoher Arbeits- und Perspektivlosigkeit geprägt. Hier ihre Meinung: „Ja, schwere, schwere Zeiten, und die Schwarzen*, was die denn hier wollen, hier gibt's doch nichts zu holen, ist doch schon schwer genug für uns. Es gibt doch keine Arbeit. Von der Regierung nur Versprechen und nichts dahinter. Sind aber ja auch nur Menschen. Und wenn man das sieht, auf den Booten, so viele. "
*Aufgrund der Generation, der sie angehört, ihrer Herkunft und des Dialekts, den sie spricht, hat sie die Flüchtlinge nicht als Schwarze bezeichnet sondern als Neger (piemontesischer Dialekt: „negher"). Es hört sich für mich abfällig und wenig politisch korrekt an, aber aus den genannten Gründen muss man ein Quantum an Verständnis aufbringen. Vorstellen kann man sich, dass diese Frau als Nachbarn keine solchen Menschen, obwohl auch Menschen, wie sie sagt, haben möchte. Genauso vorstellbar ist, dass für sie ein Kennenlernen (… ein langwieriger Prozess in einer Berggemeinde, wo die Einwohner doch etwas verschlossener und misstrauischer sind als anderswo) die Voraussetzung ist, um gegenüber Anderen, Fremden, Menschen dunklerer Hautfarbe, ihre Offenheit, Gastfreundlichkeit und Hilfsbereitschaft zeigen zu können.

2. Eine gute Bekannte ist eine engagierte Person. Vor fast fünf Jahren ist bereits in die etwas ab vom Schuss gelegene Kleinstadt B. eine Gruppe junger schwarzafrikanischer Männer eingetroffen, die alle „unter Gaddafi" in Libyen als Handwerker beschäftigt waren. Sie waren also bereits Arbeitsmigranten, waren aus ihrem Heimatort nach Libyen gegangen, um von dort mit ihrem Lohn die Familie unterstützen zu können. Nach dem Bürgerkrieg, der Absetzung und der Tötung Gaddafis verwandelte sich ihr Status schlagartig, sie galten jetzt als Freiwild in Libyen und mussten um ihr Leben fürchten. Um die Geschichte abzukürzen, möchte ich nur erzählen, dass mich, abgesehen von der viel zu



langsam funktionierenden Bürokratie und der Ungewissheit, das Nichtstun beeindruckt hat, zu dem diese Jugendlichen oder jungen Männer gezwungen waren: Sie durften noch nicht einmal kochen oder bei den Gärtnerarbeiten im Park des Unterbringungsortes helfen. Es ist meiner Bekannten und der dann gegründeten Organisation zu verdanken, dass zuerst die meisten bei Privatpersonen (in einer Familie) untergekommen sind, dann ein Praktikum begonnen haben oder mit befristetem Arbeitsvertrag arbeiten und dass jetzt fast alle mit mehr Chancen ihre Zukunft eigenverantwortlich in die Hand nehmen können. Eine andere Sache ist die Bereicherung, von der so oft gesprochen wird. Würde ich sie um ihre persönliche Meinung bitten, dann würde meine Bekannte sofort leidenschaftlich erzählen, wie sich ihr Leben positiv verändert und bereichert hat, seitdem sie und ihr Mann zu Hause zwei Schwarzafrikaner aufgenommen haben und sich für Flüchtlinge engagieren.

3. Im Fremdsprachenunterricht sollten die Schüler Fragen stellen. Das Thema: Flüchtlinge, mit Bezug auf die eigene Umgebung. Interessant die Antwort auf die erste Frage. „Was machen die Flüchtlinge den ganzen Tag?“ „Die Schwarzen fahren immer Fahrrad.“ Wieder das Thema Hautfarbe. Dazu zu sagen ist, dass in der Kleinstadt V. tatsächlich das Gros der Flüchtlinge aus Schwarzafrikanern besteht. Und ja, sie sind per Rad unterwegs. Radfahren gilt unter Jugendlichen als voll uncool. Ausnahme: Radsportler mit Rennrad. Aus der Antwort habe ich rausgehört, dass Flüchtlinge für die Schüler eine kaum bekannte Spezies sind. Aus den Nachrichten werden sie wohl wissen, dass der Italien betreffende Flüchtlingsstrom hauptsächlich per Boot an der Küste oder auf Inseln ankommt. Schockierende Bilder, wie das von einem toten Jungen am Strand (mittlerweile Symbol für die Flüchtlingskrise) oder sie könnten das die EU-Flüchtlingspolitik kritisierende Bild des Künstlers Banksy gesehen haben (aus Vogelperspektive mehrere tote Flüchtlinge im Meer in einen Kreis, der an die zwölf Sterne der Europaflagge erinnert). Einem Schüler war aufgefallen: Ein Schwarzer, der an einer befahrenen Autostraße entlangradelt, zu einer Zeit, in der normalerweise gearbeitet wird. Der Schüler schließt daraus: Arbeitsloser, hat kein Auto... was ja nicht falsch ist. Irgendwann hat ihn jemand aufgeklärt. Darum weiß er, das war ein Flüchtling. Ich denke aber, er weiß nichts über die Unterbringung stadtauswärts, über die Ausgrenzung und die Lust der Flüchtlinge, der Langeweile zu entrinnen und in das per Bus nicht gut angebundene Stadtzentrum zu fahren oder darüber, dass die Stadt und gemeinnützige Organisationen nicht nur Unterkunft, Kleidung sondern auch Fortbewegungsmittel, eben Fahrräder, zur Verfügung gestellt haben.

Syrische Flüchtlinge in der Türkei - vom Gast zur Verhandlungsmasse

Orhan Çalışır

Eine der ganz wenigen guten Taten der Erdoğan-Administration war die Politik der offenen Tür für die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge. Nach dem Beginn der ersten Auseinandersetzungen in Syrien 2011 sind fast drei Millionen Menschen in das Nachbarland Türkei geflüchtet.

Die türkische Regierung bezeichnete die Flüchtlinge als Gäste. Sehr oft prahlte Erdoğan damit, dass die Türkei trotz weniger Möglichkeiten als die der Westeuropäer so viele bedürftige Menschen aufnehme. Und dass die Europäer dem Ganzen fernblieben, die Not der Flüchtlinge ignorieren würden. Auch die Syrer verstanden ihren Aufenthalt in der Türkei als vorübergehend. Wenn auch manche von ihnen Arbeit fanden und nicht in den Camps, sondern in den Städten lebten.

Syrische Flüchtlingsfamilien sah man nicht nur in den vielen Flüchtlingscamps, sondern überall auf den Straßen und Plätzen der Städte. Menschen, die noch vor ein paar Jahren, ja sogar vor ein paar Monaten eine Heimat, eine Wohnung, eine Arbeit, eine vertraute Umgebung, eine Familie und Freunde hatten, standen plötzlich vor dem Nichts. Irgendwie hatten sie es geschafft, über die Grenze zu kommen und warteten auf eine politische Veränderung in ihrer Heimat.

Genau diese Veränderung ließ zu lange auf sich warten. Im Sommer 2015 haben viele Flüchtlinge die Hoffnung aufgegeben, dass sich in Syrien das Blatt wendet und sie wieder zurück können. So machten sich viele auf den Weg nach Westeuropa. Manche belagerten für paar Stunden den Istanbuler Busbahnhof, um mit Bussen an die Grenze nach Bulgarien gebracht zu werden. Andere begaben sich zu Fuß auf die Europastraße 5 und liefen Richtung der Grenze. Von Istanbul bis dorthin sind es immerhin 240 km. Alle achteten darauf, dass sie unterwegs nicht "negativ" auffallen. Mit Unterstützung der wenigen Helfer machten sie die Camps, die sie unterwegs aufschlugen, täglich sauber.

Nachdem viele Flüchtlinge in Bulgarien von der Polizei ausgeraubt und misshandelt worden waren, suchten sie andere Wege, um nach Westeuropa zu kommen. Meistens über das gefährliche Ägäische Meer und Griechenland.

Merkel und Erdoğan - Wer braucht wen?

Merkel hatte ganz im Sinne des Kapitals, durch eine industrielle Reservearmee über möglichst billige Arbeitskräfte zu verfügen, den syrischen Flüchtlingen die Aufnahme zugesagt. Nachdem viele Flüchtlinge Nordeuropa und vor allem Deutschland erreicht hatten, wollte die Merkel-Regierung den Flüchtlingszustrom stoppen. Just vor den Wahlen am 1. November in der Türkei traf Merkel Erdoğan in Istanbul.

Eine ideologisch überzeugte Gegnerin der Türken und der Türkei wollte plötzlich mit Erdoğan sprechen. Merkel sah die Türkei höchstens als Grenzwächter für Europa – und genau dieses Angebot, geschmückt mit sogenannten Visaerleichterungen, machte sie Erdoğan. Ihm wiederum kam der Besuch von Merkel kurz vor den Wahlen, eine Schicksalswahl für ihn selbst, wie ein Rettungsring in höchster Not.

Merkel war in der Türkei, nicht um etwas zu geben, sondern um etwas zu nehmen. Und zwar die Zusage der Türkei, dass die Flüchtlinge nicht nach Westen durchgelassen werden, und viel wichtiger, dass die Türkei die in Deutschland abgelehnten Flüchtlinge wieder aufnimmt. Erdoğan war mit allem einverstanden. Er erreichte auch die Verschiebung der Veröffentlichung des Fortschrittsberichtes der EU-Kommission zur Türkei. Der Bericht war, wie erwartet, sehr kritisch und wurde erst nach den Parlamentswahlen in der Türkei veröffentlicht.

Nun prahlte Erdoğan nicht mit Humanität und Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge, sondern damit, dass die deutsche Kanzlerin, die Regierungschefin des wichtigsten EU-Landes zu ihm kam, um zu verhandeln. Hunderttausende Menschen, die keinen Ort finden, wo sie in Frieden und Sicherheit leben können, waren für die beiden Politiker nur eine Verhandlungsmasse.

Jugendliche begegnen Flüchtlingen

http://www.markus-gemeinde-bremen.de/

Jugendliche aus der St.-Markus-Gemeinde Bremen beteiligen sich mit Tatendrang an der Arbeit mit jugendlichen Flüchtlingen. Dieses Engagement steht erst am Anfang und noch viele Ideen warten auf die Umsetzung. Die Begegnungen gehen stets auf Eigeninitiative der Jugendlichen zurück, die vom (Jugend-) Diakon Christian Kück unterstützt werden.

Sie sagen selber zu ihrer Tätigkeit:

„Tausende Flüchtlinge erreichen Deutschland und somit auch Bremen. Sie kommen von überall aus der Welt, wo Krieg, Armut, Verfolgung und andere schlimme Zustände herrschen. Oft haben sie schreckliche und unvorstellbare Grausamkeiten erlebt. Nun sind sie hier. Diese Menschen mussten ihr altes Leben hinter sich lassen und haben den Mut gefasst, bei uns neu anzufangen. Jedoch wird eine solche Integration erschwert, da sie die Sprache nicht können. Zusätzlich fehlt die soziale Bindung bzw. einen Anschluss zu Gruppen. Somit sehen die Flüchtlinge keine Perspektive bzw. Chance, sich zu integrieren und neu zu beginnen. Die Folge ist, dass viele Jugendliche den falschen Weg einschlagen und ihre Zukunft zerstören. Wir haben uns gefragt, wie wir ihnen helfen können. Wir möchten uns als Jugend, und natürlich auch als Gemeinde, für die Flüchtlinge öffnen und einladend(er) werden."

Im Mai haben sie zunächst das Flüchtlingsheim am Rembertiring aufgesucht, durch Geschichten und Lieder der Flüchtlinge, durch gemeinsame Spiele und Eis essen ersten Kontakt hergestellt. Weiter haben sie mit jungen Flüchtlingen aus der Zentralen Aufnahmestelle im Jugend-Treffpunkt im Haus der Pfadfinder am Hulsberg Kicker, Fußball und weitere Spiele gespielt. Fußball und Spiele sowie gemeinsames Essen erleichterten den Kontakt, das Reden in vielen verschiedenen Sprachen war aber manchmal schwierig, wenn niemand dabei war, der dolmetschen konnte.

Nach mehreren Besuchen und gemeinsamem Fußballturnier sollten im Juni junge Flüchtlinge aus der Zentralen Aufnahmestelle zu einem bunten Abend mit Fußball, Kickern, Billard und Tischtennis und mit Grillen in die Gemeinde eingeladen werden. Das war nur durch Unterstützung mehrerer älterer Gemeindemitglieder möglich, die die jungen Leute dort mit Autos abholten und spät am Abend wieder zurück brachten. Durch die lange Dauer gab es genügend Zeit sich zu begegnen und ins Gespräch zu kommen. Dolmetscher für mehrere Sprachen konnten helfen zu erfahren, welchen Weg die Jugendlichen schon hinter sich bringen mussten.

Seit Flüchtlinge in das Übergangswohnheim am Niedersachsendamm eingezogen sind, das in unmittelbarer Nähe zu unserer Gemeinde liegt, ergaben sich neue Kontakte und neue Aufgaben. Die Flüchtlinge dort benötigten vernünftige Kleidung – also wurde eine Sammelaktion für Kleidung gestartet und schließlich an drei Tagen ermöglicht, dass sich die Flüchtlinge jeweils passende Kleidung für Männer, Frauen und Kinder aussuchen und auch bei Kaffee und Kuchen Gespräche führen konnten. Zufrieden waren nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die beteiligten Gemeindemitglieder trotz mancher damit verbundener Anstrengung.

Für die dortigen Flüchtlinge haben die Jugendlichen auch weiterhin vor, regelmäßige Freizeit- und Begegnungsangebote zu schaffen: Kochtreffen, Spielabende, Kulturabende, ein Willkommenscafé, Angebote für Kinder und Ausflüge – mit Unterstützung des Quartiersmanagers Huckelriede, Herrn Vobker.

„Die Rente ist sicher“ (N. Blüm) – die Altersarmut auch (C. Butterwegge [1])

Wolfgang Bielenberg

Im letzten Jahr feierte die deutsche Rentenversicherung ihren 125-jährigen Geburtstag. Wahrlich ein Grund zum Feiern: So hat diese den Zusammenbruch des Kaiserreichs, die Zerstörung der Weimarer Republik, den Untergang des Faschismus und mehrere Währungsreformen überlebt. Das ihr zu Grunde liegende Prinzip der „Umlagefinanzierung“ – oder des „Generationenvertrags“- hat sich als äußerst stabil herausgestellt: Ein Teil der Werte, die in einem Jahr von dem arbeitenden Teil der Bevölkerung geschaffen werden, werden so umverteilt (umgelegt), dass davon die Renten bezahlt werden können. Die Eltern zahlen die Rente der Großeltern, natürlich im Vertrauen, dass die Kinder später die Rente der Eltern zahlen.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten 25 Jahren führten zu Veränderungen des Verhältnisses von Beitragszahlenden zu Rentnern:

Durch Technischen Fortschritt, Automatisierung, Auslagerung von Wirtschaftszweigen, Arbeitsplatzabbau und Erhöhung der prekären (nicht-sozialversicherungspflichtigen) Arbeitsplätze sank die Anzahl der beitragspflichtigen Beschäftigten. Gleichzeitig stieg die Lebenserwartung der Menschen – in Folge mussten weniger Beschäftigte die Renten von mehr Rentnern erwirtschaften.

Diese sogenannte Rentenlücke veranlassten die rot-grüne Bundesregierung und die nachfolgenden ab 2001 zu grundlegenden „Reformen“. Unter der Überschrift „Agenda 2010“ sind das - grob zusammengefasst - folgende:

1. SPD und Grüne teil-privatisierte die Rente durch die Einführung der „Riesterrente“,
2. die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD beschlossen, das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 zu erhöhen und
3. das Leistungsniveau von 63 % auf 43 % (ab dem Jahr 2030) zu senken.

Gewerkschaften, demokratische Verbände, Teile der bürgerlichen Parteien und die Linke kritisierten und kritisieren diese Maßnahmen:

zu 1. Durch die Einführung der Riesterrente (Begründung: „ Die gesetzliche Rente reicht nicht mehr aus, versichert euch gefälligst privat!“) wurde das Solidarprinzip verlassen. Statt dass wie bisher Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam für die Altersvorsorge einzahlten, waren nun die Beschäftigten allein für ihre (Teil-)Rente verantwortlich. Damit öffnete die Regierung den lukrativen Markt der Renteneinlagen den Versicherungskonzernen und Banken. Und die verdienen sich krumm und dämlich durch hohe Gebühren und die Möglichkeiten, mit dem Geld der Einzahler zu spekulieren. Wie sicher dabei unser Geld ist, hat sich in der jüngsten Zeit angedeutet ... Abgesehen davon muss man schon über 85 Jahre alt werden, wenn man die über 30 Jah-

re lang gezahlten Beiträge (inklusive der staatlichen Unterstützung) wieder heraushaben will. Sollte man noch eine Rendite und den Inflationsausgleich erwirtschaften wollen, muss man mindestens 100 Lebensjahre erreichen. (Wenn nicht: Pech gehabt, denn die Riesterrente ist nicht vererbbar ...) Und schließlich haben Sozialleistungsempfänger, Arbeitslose und geringfügige Beschäftigte nichts davon: In der Regel können sie sich die Beiträge nicht leisten und wenn doch – was der Sache die Krone aufsetzt – werden ihre Rentenansprüche mit der staatlichen Unterstützung (der sogenannten „bedarfsorientierten Grundsicherung" [2]) verrechnet!

zu 2. Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit bis zur Verrentung stellte sich schnell als ein Programm zur Rentenkürzung heraus: Durch den „Anreiz", länger arbeiten zu müssen, wurde kein Beschäftigter, der sich krank gearbeitet hatte, gesünder. Entweder musste er vor dem Erreichen der Altersgrenze in Rente – bei stärker gekürzten Zahlungen. Oder er quälte sich weiter zur Arbeit – was seine Lebensdauer nicht erhöhte.

zu 3. Können große Teile der heutigen Renter und Rentnerinnen noch von ihrer Rente leben, wird sich dieser Zustand dramatisch verändern: Per Gesetz verringert sich das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 um 20 Prozent auf 43 % vom Durchschnittsnetto. Für eine Vielzahl von Arbeitnehmern mit heute typischen Erwerbsbiografien – temporäre Teilzeit, Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungen - bedeutet das einen Einkommensabsturz ins Bodenlose. So rechnet selbst das Arbeitsministerium 2012 vor, dass ab 2030 Arbeitnehmer, die 35 Jahre Vollzeit gearbeitet hätten und 2.500 Euro brutto im Monat verdienen, nur eine Rente in Höhe des Grundsicherungsbetrags von 688 Euro bekämen. Derzeit verdient rund ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland unter 2500 Euro brutto!

Dabei sind die von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP durchgeführten „Reformen" keineswegs „alternativlos"! So könnten mit dem Ziel der Deckung der Rentenlücke alle Beschäftigten in die Rentenversicherung einzahlen – also auch die Beamten und Freiberufler, alles, was in unserem Land erwirtschaftet wird, zur Deckung der Sozialversicherungen – und damit auch der Rentenversicherung – herangezogen werden, also auch Mieteinnahmen, Dividenden und Spekulationsgewinne, die Beitragsbemessungsgrenze erhöht werden. So zahlt im Moment der Beschäftigte, der 6.050 € (West – 5.200 € Ost) im Monat verdient den gleichen Beitrag wie derjenige, der 20.000 € verdient.

Damit hätte die Rentenversicherung genügend Luft und die Versicherten würden nicht Versicherungskonzernen, Großbanken und Kapitalanlagegesellschaften in die Arme getrieben werden. Das dies politisch möglich ist, zeigt zum Beispiel die Schweiz.

Es fehlt in Deutschland der politische Wille. Um diesen herzustellen, bedarf es demokratischen Einsatzes. Und hier können wir Rentner unseren Teil beitragen.

[1] Butterwegge, Bosbach, Birkwald „Armut im Alter. Probleme und Perspektiven sozialer Sicherung" Campus Verlag Frankfurt 2012

[2] Die bedarfsorientierte Grundsicherung ist eine eigenständige soziale Leistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt älterer und dauerhaft voll erwerbsgeminderter Personen sicherstellen soll.

Frauenleben – Prinzen sind selten

Traudel Kassel

Frauen und Männer sind laut Grundgesetz gleichberechtigt. Um diese Formulierung musste 1949 Elisabeth Selbert im Parlamentarischen Rat gegen die „Väter des Grundgesetzes“ und auch konservative Kolleginnen im Parlamentarischen Rat ziemlich kämpfen. Verwirklicht ist die Gleichstellung in manchen Lebensbereichen bis heute nicht.

Es geht bei der Herstellung gleicher Lebenschancen der Geschlechter – auch der Menschen zwischen Mann und Frau – nicht um Gleichmacherei oder darum, wer besser einparken oder Windeln wechseln kann. Es geht darum, dass alle Geschlechter als ebenbürtig zu behandeln sind.

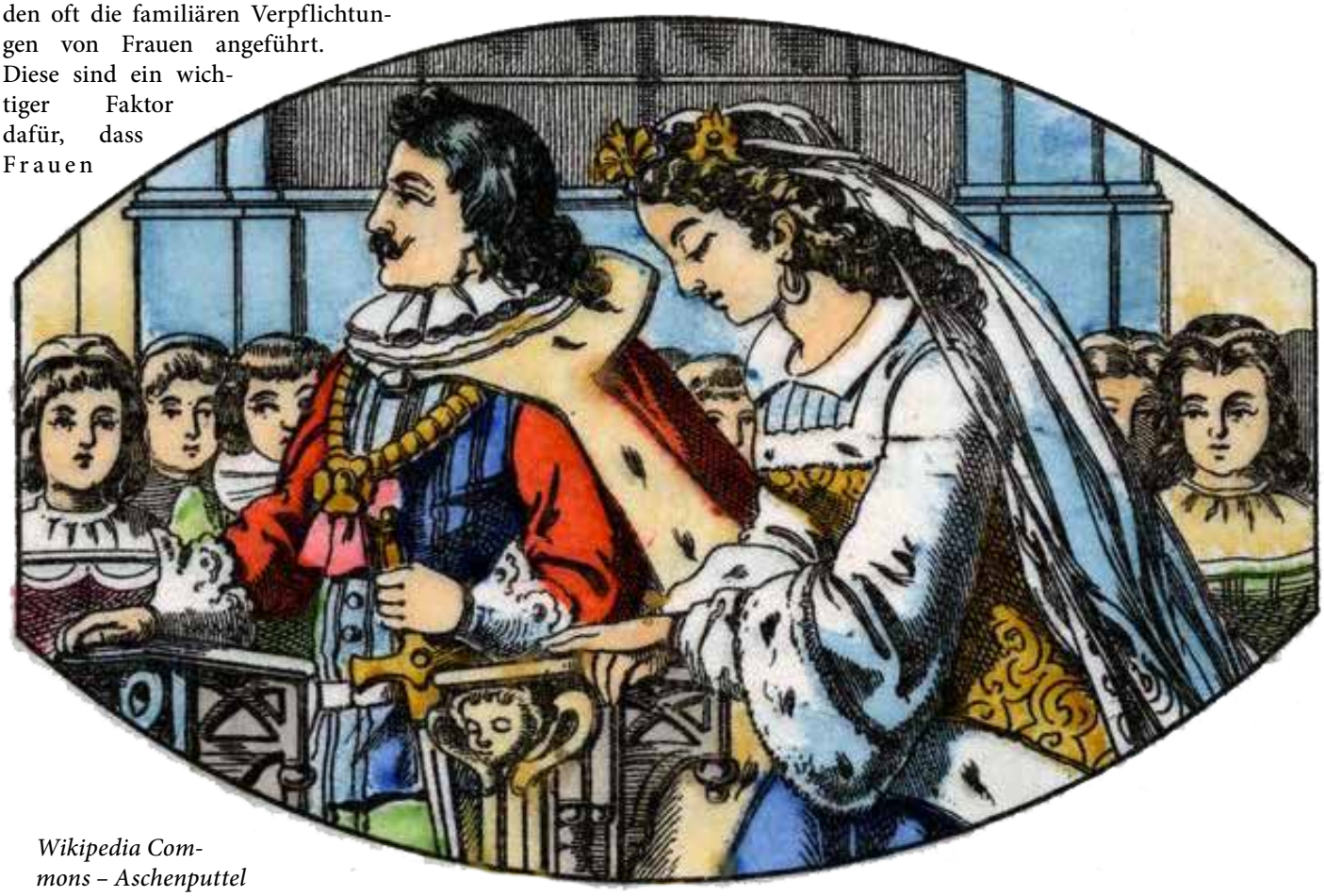
Immer wieder ist von einem Einkommensunterschied von ca. 22 Prozent zwischen Männern und Frauen die Rede. Wie viel weniger Frauen wirklich verdienen, lässt sich aus solchen Statistiken nicht ablesen. Denn Frauen sind häufig in Minijobs und Branchen mit niedrigen Löhnen und viel Teilzeitarbeit beschäftigt – wie Einzelhandel, Pflege, Reinigungsgewerbe, Gastronomie. Oft ist Teilzeitarbeit dabei nicht Wunsch der Frauen, sondern vom Arbeitgeber bestimmt.

Als Grund für niedrigere Einkünfte werden oft die familiären Verpflichtungen von Frauen angeführt. Diese sind ein wichtiger Faktor dafür, dass Frauen zwar unendlich viele kräftezehrende, aber auch erfüllte Stunden ihres Lebens mit gesellschaftlich notwendiger, aber nicht finanziell gewürdigter Arbeit in Betreuung und Pflege von Kindern, Partnern und Alten sowie in ehrenamtlicher sozialer Arbeit verbringen. Und viele Frauen wählen aus diesen Lebensbedingungen heraus scheinbar „freiwillig“ Teilzeitstellen oder Minijobs.

Aber längst nicht alle Frauen sind familiär gebunden und könnten sich daher beruflich voll einbringen. Andere müssen es, weil der Partner Niedrigverdiener, krank oder erwerbslos ist.

Prinzen sind selten

Die Gesetzgebung in Deutschland ist – nach einigen Fortschritten während der sozialliberalen Koalition unter Willi Brandt – wieder verstärkt seit Norbert Blüm als Arbeitsminister davon ausgegangen, dass jede Frau und Mutter sich einen Prinzen geangelt hat, zu Hause bleiben und sich sorglos in allen Lebenslagen abgesichert fühlen kann. Leider sind Prinzen ziemlich selten, und auch ein gut verdienender Techniker, Kaufmann oder Facharbeiter kann in der kapitalistischen Wirtschaft durch Ar-



Wikipedia Commons – Aschenputtel

beitslosigkeit, Unfall, Krankheit oder Tod seine Rolle als Prinz nicht mehr erfüllen. Wenn eine Trennung oder Scheidung ins Haus steht, ist es mit Prinz und Prinzessin vorbei. Dann zählen nur noch harte Zahlen. Aber auch bei Paaren, die zusammen bleiben, klingt der oft gehörte Spruch „meine Frau hat es nicht nötig zu arbeiten“ spätestens, wenn der Rentenbescheid da ist, nicht mehr so toll. Dumm gelaufen.

Alleinerziehende Frauen sind da notgedrungen realistischer. Im Konflikt zwischen der Notwendigkeit, den Familienunterhalt zu bestreiten und den Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden, suchen sie nach geeigneten Jobs und vielleicht einem neuen Partner – Illusionen vom Prinzen erfüllen sich selten.

Ergebnis dieser vielfältigen Faktoren ist, dass die Unterschiede bei den Renten wesentlich höher sind: Selbst erworbene Entgeltpunkte sind bei Frauen rund 60 % niedriger und auch unter Einbeziehung „abgeleiteter Ansprüche“ liegen ihre Renten immer noch 42 % niedriger. Viel seltener sind sie außerdem über Betriebsrenten oder sonstige Einkünfte wie Vermögen oder Immobilien abgesichert. Das gilt verstärkt für Frauen (und Männer) aus den neuen Bundesländern. Vermögende Prinzen sind dort also noch seltener als im Westen. Besonders betroffen von Altersarmut durch Niedriglohn und ungesicherte Arbeitsverhältnisse sind übrigens Arbeitsmigranten und Flüchtlinge – und unter ihnen wiederum vor allem Frauen.

Wenn aufgrund der Renten“reformen“ von 2001 und danach – wie im Artikel zu Rente und Altersarmut dargestellt – Altersarmut zukünftig als sicher angenommen werden muss, gilt das also erst recht für Frauen.

Weil inzwischen auch viele Männer von prekären Beschäftigungsbedingungen betroffen sind, nicht zuletzt durch die globale Konkurrenz der Arbeitsverhältnisse, wird auch oft von deren „Verweiblichung“ gesprochen. Weibliche Erwerbsarbeit war seit jeher ungesichert und unterbezahlt.

Nur gemeinsame Kämpfe um gute Bezahlung und auskömmliche Renten können Altersarmut beseitigen. Die Hoffnung auf Prinz oder Prinzessin oder auf die Einsicht bei Politik oder Arbeitgebern erfüllt sich nur im Ausnahmefall.

„Politiker, die nichts gegen systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!“

Aus den Flugschriften der IG Metall-Bezirk Küste

Seit 20 Jahren werden sie beschimpft, auf Kosten der jüngeren Generationen zu leben und ein Leben in Saus und Braus zu führen. Es wird auch behauptet, Senioren bestimmen, aufgrund ihrer größer werdenden Anzahl, immer stärker die Politik in diesem Land.

Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus und die Lage der allermeisten Senioren verschlechtert sich von Jahr zu Jahr.

Der Lebensstandard der Rentner sinkt seit über 20 Jahren.

Gesetzlich festgelegt ist, dass dies bis mindestens 2030 mit wachsender Geschwindigkeit so weitergeht.

SENIORENAUFSTAND
„Wer Rentner quält, wird nicht gewählt.“

Am 1. Oktober um 13.30 Uhr versammelten sich rund 80 Seniorinnen und Senioren aus dem IG Metall-Bezirk Küste, vom Senioren-Arbeitskreis der IG Metall Berlin, von ver.di von der IG BAU und andere Interessierte auf dem Pariser Platz, um gegen die Rentenpolitik der Bundesregierung zu protestieren.

Die Kolleginnen und Kollegen von der Küste, die diese Aktion symbolisch mit einem mitgebrachten Rettungsboot untermauerten, übergaben Petra Pau, der stellvertretenden Präsidentin des Deutschen Bundestages, über 10.000 Unterschriften gegen die weitere Absenkung des Rentenniveaus und für eine schrittweise Erhöhung.

Unter dem Motto „Wer Rentner quält – wird nicht gewählt“ soll die Kampagne bis zur Bundestagswahl 2017 fortgeführt werden.

Traudel Kassel

Eine viertel Million Menschen waren in Berlin auf den Beinen – unter ihnen auch viele GewerkschafterInnen und mehrere Mitglieder der WIR-Redaktion. 3,26 Millionen Menschen aus 12 EU-Staaten haben die Forderung Stop TTIP/ CETA in einer Europäischen Bürgerinitiative durch ihre Unterschrift unterstützt. Diese wird von der EU-Kommission aber nicht anerkannt.

Frau Merkels Antwort auf dem Gewerkschaftstag der IG-Metall: „Wir verhandeln sowieso weiter ...“

Medien reagieren mit Herabsetzung der Demonstrierenden – auch der „Weser Kurier“. Andere beschwichtigen, dass die kritisierten privaten Schiedsgerichte vielleicht durch einen Handelsgerichtshof ersetzt werden sollen oder preisen die zunehmende Transparenz bei den TTIP-Verhandlungen. Diese werden jetzt tatsächlich in den Nachrichten erwähnt, über Charakter und Inhalte von TTIP wird aber nicht informiert.

Es heißt also weiter machen mit Information und verstärktem Protest.

Fragen nach den Ursachen werden nicht gestellt

Die Attentate in Paris haben viele Menschen in Trauer und Schrecken versetzt. Lange Kommentare und Berichte befassen sich mit dem Geschehen. Von „Krieg“ und „Weltkrieg“ ist die Rede und sicherheitspolitische Maßnahmen werden diskutiert und gefordert.

Bei allem stellt das Bremer Friedensforum fest, dass bestimmte Fragen in den Medien und von den Politikern gar nicht gestellt werden: Wer hat die IS-Kämpfer ausgebildet? Woher erhält der IS sein Geld? Woher bezieht er seine Waffen? An wen verkauft er das im Irak geförderte Öl? Auch davon wird nicht gesprochen, dass der IS sich besonders in den Ländern behaupten kann, deren Staatsstrukturen der Westen durch direktes militärisches Eingreifen (Irak, Libyen) und durch indirektes Eingreifen wie Waffenlieferungen und militärischer Ausbildung (Syrien) zerstört hat.

Eine weitere Frage drängt sich auf: Was motiviert junge Leute, sich solchen Terrorbanden wie dem IS anzuschließen? Sind es in Wahrheit nicht soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Fremdenhass, Islamfeindlichkeit u. ä. mehr? Darüber nachzudenken, ist dringend gefordert. Militärische Mittel, das zeigt Afghanistan schon seit fast 15 Jahren, bringen keinen Frieden, sondern treiben Menschen zur Flucht.

Erklärung des Bremerfriedensforum vom 15. November 2015

Impressum:

Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

Druck: Die Senatorin für Kinder und Bildung

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Wolfgang Bielenberg, GEW, Detlef Dahlke, Hugo Köser, Hermann Wilkening, IGM
Traudel Kassel, Inge Markowsky,
Margot Müller, Karla Vendt, Bernd Krause
Günther Wesemann, Brigitte Wilkening, ver.di

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Tel.: 0421 / 960 89 12
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

Bertolt Brecht
1937: Bertolt Brecht lässt Tramper stehen – und ärgert sich später
Bertolt Brecht: Werke XIV. Gedichte 4.; Berlin, Weimar: Aufbau-Verlag, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1993. S. 363f.

Das Gedicht geht auf ein authentisches Ereignis zurück. Brecht fährt 1937 mit seiner Mitarbeiterin und Geliebten Ruth Berlau durch Dänemark. Die Fahrerin will anhalten, aber Brecht sagt: "Nein, wir können niemand mitnehmen". Die Berlau kommentiert: "Scheußlich!" und fährt weiter.

Brecht verfasst das Gedicht als Abbitte und schickt es seiner Freundin, die moniert, dass er ihren Kommentar vergessen hat.

Fahrend in einem bequemen Wagen

Fahrend in einem bequemen Wagen
Auf einer regnerischen Landstraße
Sahen wir einen zerlumpten Menschen bei Nachtanbruch
Der uns winkte, ihn mitzunehmen, sich tief verbeugend.
Wir hatten ein Dach und wir hatten Platz und wir fuhren vorüber
Und wir hörten mich sagen, mit einer grämlichen Stimme: Nein
Wir können niemand mitnehmen.
Wir waren schon weit voraus, einen Tagesmarsch vielleicht
Als ich plötzlich erschrak über diese meine Stimme
Dies mein Verhalten und diese
Ganze Welt

Bertolt Brecht (1898 – 1956)